Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/965

17. 07. 91

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die Frühjahrstagung der Nordatlantischen Versammlung vom 23. bis 27. Mai 1991 in Rotterdam/Niederlande

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre diesjährige Frühjahrstagung vom 23. bis 27. Mai 1991 in Rotterdam ab. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag

Abg. Klaus Francke (Hamburg) (CDU/CSU), Leiter der Delegation
Abg. Hans-Dirk Bierling (CDU/CSU)
Abg. Dr. Joseph-Theodor Blank (CDU/CSU)
Abg. Dr. Andreas von Bülow (SPD)
Abg. Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU)
Abg. Erwin Horn (SPD)
Abg. Dr. Werner Hoyer (FDP)
Abg. Lothar Ibrügger (SPD)
Abg. Ulrich Irmer (FDP)
Abg. Dr. Dietmar Kansy (CDU/CSU)
Abg. Walter Kolbow (SPD)
Abg. Herbert Lattmann (CDU/CSU)
Abg. Markus Meckel (SPD)
Abg. Manfred Opel (SPD)
Abg. Dr. Harald Schreiber (CDU/CSU)
Abg. Dr. Conrad Schroeder (Freiburg) (CDU/CSU)
Abg. Brigitte Schulte (Hameln) (SPD)
Abg. Dr. Klaus Dieter Uelhoff (CDU/CSU)
Abg. Karsten D. Voigt (Frankfurt) (SPD)
Abg. Dr. Norbert Wieczorek (SPD)
Abg. Michael Wonneberger (CDU/CSU)
Abg. Uta Zapf (SPD)

Bundesrat

Senator Volker Kröning (SPD), Bremen, stellvertretender Leiter der Delegation
Minister Dr. Heinz Eyrich (CDU/CSU), Baden-Württemberg
Senator Horst Gobrecht (SPD), Hamburg
Minister Willibald Böck (CDU/CSU), Thüringen
Minister Dr. Ulrich Born (CDU/CSU), Mecklenburg-Vorpommern
Minister Dr. Herbert Günther (SPD), Hessen

Ablauf der Tagung

Die Ausschüsse tagten am 24. und 25. Mai 1991 (S. 2–7). Die Plenarsitzung fand am 26. Mai 1991 im Rotterdamer Kongreßzentrum „de Doelen" statt. Sie wurde von Präsident Charlie Rose (USA) mit einer Ansprache eröffnet (S. 7/8). Danach sprach der Premierminister der Niederlande, Herr Ruud Lubbers, zu den Delegierten (S. 8). Die anschließende Aussprache im Plenum stand unter dem Thema „Ein neues Gleichgewicht für das Atlantische Bündnis". Hierzu sprachen Abg. **Klaus Francke** (S. 9), Senator **Volker Kröning** (S. 10), Abg. **Dr. Werner Hoyer** (S. 11) und Abg. **Brigitte Schulte** (S. 11). Zum Schluß der Plenarsitzung verabschiedete die Versammlung eine von Präsident Rose eingebrachte Entschließung über die Einrichtung eines multilateralen Kontrollsystems für Rüstungslieferungen (Anhang S. 13).

Am 25. Mai 1991 traf die deutsche Delegation mit den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses, den Vorsitzenden und Generalberichterstattern der Ausschüsse sowie den Leitern der assoziierten Delegationen aus den Ländern Mittel- und Osteuropas zu einem Arbeitsessen zusammen. Diese Begegnung diente dem umfassenden Gedankenaustausch und insbesondere der Erörterung von Fragen der Zusammenarbeit im Bündnis und der Stellung Europas.

Ausschußsitzungen

Ausschuß für zivile Angelegenheiten

Erster Schwerpunkt der Beratungen des Ausschusses für zivile Angelegenheiten war der Berichtsentwurf, den der Berichterstatter des Unterausschusses zu der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der britische Abg. **Browne,** zu dem Thema: „Westgerichtete Emigration in Europa" vortrug.

Der **Berichterstatter** vertrat die These, die Sowjetunion und der Balkan seien in Zukunft die Hauptquellen für Bevölkerungsbewegungen nach Westen. Die Bundesrepublik Deutschland, Polen, die CSFR und Ungarn werden nach seiner Ansicht die bevorzugten Ziele dieser Bewegungen sein. Das Abkommen von Schengen trage zu dem Problem noch erheblich bei, indem es in den beteiligten Ländern jegliche Kontrollen abschaffe.

Für den Westen erhebe sich somit die Schwierigkeit, einerseits traditionell für volle Freizügigkeit einzutreten und andererseits mit einer unerwünscht starken Einwanderungsbewegung fertig werden zu müssen. Wenn auch ein schlagartiges Anschwellen der Westbewegung wohl nicht zu erwarten sei, sondern eher ein langsamer Fluß, so müßten doch Maßnahmen getroffen werden, um die Situation unter Kontrolle zu halten. Der Berichterstatter machte dazu drei Vorschläge: Hilfe für Osteuropa, um die potentiellen Flüchtlinge zum Bleiben zu bewegen, Kontrolle der Einwanderung (hierbei dürfte nach Ansicht des Berichterstatters die schwierigste Frage die der Unterscheidung von Flüchtlingen aus politischen und aus wirtschaftlichen Gründen sein) und der Schutz der Minderheiten.

Neben solchen langfristigen Maßnahmen müßten auch Notmaßnahmen ins Auge gefaßt werden wie schärfere Grenzkontrollen, die Verteilung von Lebensmitteln in den potentiellen Auswanderungsgebieten und die Errichtung von Flüchtlingslagern an den Grenzen.

Obgleich an sich nicht Thema des Berichtsentwurfs spielten in der Diskussion auch die gegenwärtige Lage der Kurden in der Türkei und die Einwanderungsbewegungen aus dem Süden in die entwickelten Länder Europas eine Rolle. Generell war man sich einig, daß die Verbesserung der Verhältnisse in den Auswanderungsgebieten der Schlüssel zur Lösung des Problems sei. Alle Staaten seien aufgefordert, hierbei zusammenzuwirken. Es müsse geklärt werden, in welchem Rahmen (EG, KSZE, NATO) diese Kooperation organisiert werden könne. Wichtig sei, die Möglichkeiten der Aufnahmestaaten nicht zu überfordern; denn die Gefahr extremer Gegenbewegungen dort dürfe nicht übersehen werden. Abg. **Markus Meckel** (Bundesrepublik Deutschland) verwies auf den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag. Er könne eventuell Vorbildfunktion haben, da er die KSZE-Vereinbarungen in eine völkerrechtlich verbindliche Form fasse. Von Bedeutung sei es auch, in den potentiellen Auswanderungsgebieten Institutionen der Selbstbestimmung auf kommunaler Ebene zu schaffen, um so die Bindung der Menschen an ihre Heimat zu stärken.

Es folgte der Entwurf eines Zwischenberichts über die Arbeit des Unterausschusses „Mittelmeerraum", den Senator **Borderas** (Spanien) vorstellte. Er ging von der geographischen Zweiteilung des Mittelmeerraumes in einen Nord- und einen Südteil aus, der auch eine wirtschaftliche und kulturell-religiöse Zweiteilung entspreche. Hinzu komme, daß auch die Nordküste nicht homogen sei, sondern daß hier zwischen dem Westen mit Portugal, Spanien, Frankreich und Italien und den anderen Staaten große Unterschiede herrschten. Diese Unterschiede seien schon jetzt Ursachen beträchtlicher Wanderungsbewegungen, die sich auch in Zukunft — vor allem in Folge der positiven Erwartungen, die sich an die Vollendung des Binnenmarktes knüpften, — noch erheblich verstärken dürften.

Wegen der kulturellen und religiösen Unterschiede sei daher schon jetzt eine gefährliche Verschärfung rassistischer Strömungen in Europa abzusehen, die sich ebenfalls noch verstärken würde.

Der Berichterstatter sprach sich zur Lösung dieser Probleme für ein umfassendes System der Regelung der „euromediterranen" Region aus. Dabei stelle sich die zentrale Frage, ob man die Probleme der Maghreb-Staaten und die des Mittleren Ostens in Verbindung bringen solle oder nicht. Der Berichterstatter plädierte für eine „KSZM" und stellte fest, daß sich eine solche allmählich abzuzeichnen beginne. Wichtig sei es, den südlichen Mittelmeerländern wirtschaftlich zu helfen, um den Wanderungsdruck dort zu vermindern.

In der Diskussion wurde darauf verwiesen, daß die während des Golfkrieges zu beobachtenden antiwestlichen Ressentiments in den südlichen Mittelmeerstaaten wieder im Verschwinden begriffen seien.

Am Nachmittag folgte der Vortrag zu dem Thema „Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten von Amerika und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen" des Präsidenten des Chicago Council on Foreign Relations, **John Rielly.** Der Redner befaßte sich mit den Fragen, in welcher Weise sich die Rolle der USA in der Welt in den letzten vier Jahren geändert habe und wie einerseits die Öffentlichkeit und andererseits die politische Elite darauf reagiere. Als Ergebnis sei festzustellen, daß in beiden untersuchten Gruppen die Meinung geteilt sei: Während das schon bestehende Vertrauen in die militärische Überlegenheit der USA gegenüber der Sowjetunion durch den Golfkrieg noch gewachsen sei, seien beide Gruppen zunehmend besorgt über die wirtschaftliche Anfälligkeit der USA.

Man sei mehr bereit, der Sowjetunion wirtschaftlich zu helfen. Beide Gruppen — ebenso wie beide politischen Parteien — favorisierten eine Kürzung der Verteidigungsausgaben und insbesondere eine Verminderung der in Europa stationierten US-Truppen. Im Mittleren Osten sehe man lebenswichtige Interessen der USA und sei daher zu entsprechendem Engagement bereit.

Dennoch stehe Europa noch im Zentrum des politischen Interesses der USA. Sehr bemerkenswert sei, daß trotz der während des Golfkriegs geäußerten Kritik am angeblich zu geringen Engagement Deutschlands und Japans die Mehrheit der Bevölkerung und

der Politiker in den USA gegen eine stärkere militärische Rolle beider Länder sei.

Aus dem Golfkrieg leiteten die USA folgendes ab: Die Amerikaner sollten in Zukunft kurze und entscheidende Militäraktionen, die zu gewinnen seien, unterstützen; jedoch sollten lange Verwicklungen in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes ohne Möglichkeit einer klaren Entscheidung vermieden werden.

In der Diskussion erläuterte **Präsident Rielly,** daß in den Augen der Amerikaner die wirtschaftliche Konkurrenz zwischen den USA und Europa weniger kritisch erscheine, da man dort einen Ausgleich durch die gemeinsame Arbeit im Sicherheitsbereich sehe und auch die Konkurrenz als fair empfinde. Beide Elemente fehlten im Verhältnis zu Japan.

Anschließend behandelte der Ausschuß den Entwurf eines Generalberichts über die „Zukunft der transatlantischen Beziehungen". Die Generalberichterstatterin, Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland), trug u. a. vor, die Unterstützung der USA für den Aufbau Europas sei noch zwiespältig. Viele Europäer hätten den Eindruck, daß die USA lieber von einer amerikanischen Führungsrolle denn von dem Prinzip gleichberechtigter Partnerschaft ausgingen. Nach Ansicht der Berichterstatterin könnten alle in Betracht kommenden Fragen auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet auf einem Sondergipfel der europäischen und amerikanischen Staats- und Regierungschefs erörtert werden. Allerdings habe sich das Verhältnis zwischen den USA und Europa im Jahr 1991 reibungsloser gezeigt als noch im Vorjahr, so daß man annehmen könne, die USA setzten ihr Engagement für Europa fort und unterstützen die europäische Idee. So äußerte sich die Berichterstatterin insgesamt optimistisch in bezug auf die transatlantischen Beziehungen einschließlich der Handelsfragen. Denn eine Isolierung der USA und Europas voneinander sei schon wegen des Ausmaßes der wirtschaftlichen Verflechtung unzweckmäßig.

Im Bereich der europäischen Sicherheit müßten die USA nach wie vor eine zentrale Rolle spielen, wobei über eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen ihnen und den Europäern zu sprechen sei. Frankreich und Großbritannien sollten zusammen eine herausgehobene militärische Rolle spielen, um das wirtschaftliche Gewicht Deutschlands auszugleichen. Wichtig sei es aber vor allem, die Gemeinsamkeit der beiderseits des Atlantiks vertretenen Werte herauszustellen.

In der Diskussion präzisierte die **Berichterstatterin,** der Begriff Sicherheit umfasse nach ihrer Auffassung nicht nur die Verteidigung, sondern auch Wirtschaft und Kultur. Auf die Rolle Frankreichs im Bündnis angesprochen, äußerte die Berichterstatterin, heute könne es ein getrenntes Krisenmanagement nicht mehr geben. Schon deswegen, weil die USA ihre Truppen in Europa voraussichtlich rasch reduzierten, spreche vieles dafür, daß Frankreich sich wieder voll in das Bündnis integriere. Für die Bundesrepublik Deutschland gebe es keine Entscheidung nur für Frankreich einerseits oder die USA und Großbritannien andererseits. Einen Gegensatz zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien dürfe es nie wieder geben. Gerade das größere Deutschland sei auf die Partnerschaft mit Großbritannien und Frankreich angewiesen, um seinen richtigen Platz zu finden. Zur out of area-Problematik verwies die Berichterstatterin auf die geschichtlichen Erfahrungen der Deutschen, die sie einem Militäreinsatz außerhalb der Bündnisgrenzen sehr kritisch gegenüberstehen ließen. Auch sei deutsche Zurückhaltung angesichts von immer noch 300 000 sowjetischen Soldaten auf deutschem Gebiet verständlich. Jedenfalls wolle Deutschland nicht eine Sonderrolle übernehmen, sondern allenfalls in enger Abstimmung mit den Partnern bei einem out of area-Einsatz mitwirken. Allerdings sei für sie eine solche Aktion in Ost- und Südosteuropa unter Beteiligung deutscher Verbände kaum vorstellbar.

Im übrigen ist festzuhalten, daß der Ausschuß eine Informationsreise nach Rumänien und Bulgarien plant. Zur Vorbereitung wurden zwei Sonderberichterstatter bestellt: Senatorin Hanquet (Belgien) und Abg. Ruperez (Spanien). Sie sollen während der Jahrestagung in Madrid berichten.

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Die Sitzung des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit fand am 24. Mai 1991 unter dem Vorsitz von Abg. **Karsten D. Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) statt.

In dem von Abg. **van Vlijmen** (Niederlande) vorgestellten Generalbericht des Ausschusses geht es um die „Sicherheit des Bündnisses: Neue Herausforderungen und neue Prioritäten". Darin geht der Generalberichterstatter dem Einfluß des Golfkrieges auf die Diskussion um die zukünftigen Sicherheitsstrukturen nach. Vor dem Hintergrund der Forderungen nach einer neuen Weltordnung vertrat er die Auffassung, daß es anzustreben sei, die Sowjetunion in die allgemeine Aufgabe der Friedenserhaltung mit einzubeziehen. Er war davon überzeugt, daß das erneuerte Bündnis den bedeutendsten militärischen Stützpfeiler bei der Stärkung der internationalen Stabilität bilde. Als wichtiges Element zur Stärkung der internationalen Stabilität betrachte er die Einrichtung einer Registrierungsstelle für Rüstungstransfer. Von einer derartigen Stelle versprach er sich eine erhöhte Transparenz und eine Hilfestellung für die Politiker bei der Entscheidung der Frage, ob ein bestimmter Waffenverkauf die regionale Stabilität beeinträchtigen könne oder nicht.

Ein zweiter, von Abg. **Lello** (Portugal) erstellter Bericht des Ausschusses befaßt sich mit der Neubestimmung und Errichtung europäischer Sicherheitsinstitutionen. Darin wird der Frage nachgegangen, wie schnell und aufgrund welcher Modalitäten und Rahmenbedingungen Europa zu einer größeren Verteidigungs- und Sicherheitsidentität gelangen könne. Das Ergebnis der hierüber geführten Debatte hatte nach Auffassung des Berichterstatters wichtige Folgen für die Zukunft der transatlantischen Verbindung und für die Zukunft der NATO selbst. Ein zweiter Teil des Berichts ist der Rüstungszusammenarbeit innerhalb der Allianz gewidmet, wobei die besondere Bedeu-

tung der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG) besonders unterstrichen wird.

Senator **Estrella** (Spanien) und Abg. **Gama** (Portugal) erörterten in einem dritten Bericht die Reorganisation und Restrukturierung der Streitkräfte in Europa. Dabei wird zunächst die Reorganisation der NATO-Streitkräfte im Lichte des neuen strategischen Konzepts untersucht. Daran anschließend werden neue Sicherheitsbeziehungen nach der Auflösung des Warschauer Paktes thematisiert. Dabei spielen die drei zentraleuropäischen Staaten Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei eine besondere Rolle.

Die sich verändernde sicherheitspolitische Landschaft in Europa wurde vom Direktor der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion, **Sergej Rogov,** aus sowjetischer Sicht dargestellt. Ausgehend von einseitigen Reduzierungen der sowjetischen Militärmacht, Reduktionen, die sich aus internationalen Vereinbarungen ergeben, dem Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus Zentraleuropa und einer neuen Verteidigungsdoktrin der Sowjetunion stellte Rogov heraus, daß die Sowjetunion ihre Vorwärtsverteidigung aufgegeben habe. Er unterstrich, daß die Sicherheit eines Landes nicht ausschließlich auf militärische Mittel gestützt werden könne. Er unterschied verschiedene Ebenen, auf denen auf politischem Wege der Frieden langfristig gesichert werden könne: die Ebene der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, eine regionale Ebene — in Europa wie auch im Nahen Osten — und eine weltweite auf Frieden und Sicherheit ausgerichtete Ebene. Insgesamt gehe es seiner Auffassung nach darum, sich über sechs umfangreiche Problemkreise Rechenschaft zu geben: den Abbau der Streitkräfte, die Diskussion der Doktrinen, ökologische und ökonomische Einschränkungen des Wettrüstens, Transparenz der Verteidigungshaushalte und militärische Fragen allgemein, direkte Kontakte zwischen den Militärstrukturen und die Instutionalisierung dieses gesamten Prozesses.

In einem weiteren Bericht ging **Janne Nolan**, Mitarbeiterin der Brookings Institutions in Washington, auf die Probleme, Perspektiven und politischen Mittel gegen die Verbreitung von Waffen ein. Nach Ansicht der Referentin ist bei den Supermächten im Anschluß an den Golfkrieg ein Wunsch nach Eindämmung des Rüstungstransfers erkennbar. Sie trat für ein neues, internationales System für Rüstungskäufe und -verkäufe ein. Dabei seien die technischen, wirtschaftlichen und politischen Elemente gleichermaßen zu berücksichtigen.

Der polnische Verteidigungsminister **Piotr Kolodziejczyk** gab einen Überblick über die polnische Sichtweise der Sicherheitsstrukturen in Europa. Polen, an die zwei großen Nachbarn, Westeuropa und die Sowjetunion grenzend, müsse seine Sicherheit auf gute Beziehungen gründen. Dabei sei es wichtig, zu erkennen, daß Polen nicht als Puffer oder neutrale Zone verstanden werden könne. Die beste Form nationaler Sicherheit sei ein Konzept kollektiver europäischer Sicherheit, die für alle Staaten des Kontinents akzeptabel sei. Obwohl Polen nicht die Absicht habe, der NATO beizutreten, habe es ein vitales Interesse an politischen wie auch militärischen Beziehungen zu der Allianz und an bilateraler Zusammenarbeit mit ihren Mitgliedsländern. Eine besondere Bedeutung komme dabei dem deutsch-polnischen Verhältnis zu. Die Herstellung der deutschen Einheit sei aus polnischer Sicht Teil der europäischen Integration und Motor für die europäische Sicherheit. Die eigenen polnischen Streitkräfte hätten gemäß der Maxime, daß moderne Armeen die Aufgaben der Kriegsverhütung haben, rein defensiven Charakter.

Abg. **Haekkerup** (Dänemark) legte den ersten Zwischenbericht der Arbeitsgruppe über Sicherheit in den nordischen Ländern vor. Darin wird auf die besondere Rolle der nordischen NATO-Länder Norwegen, Dänemark und Island sowie der neutralen Länder Schweden und Finnland eingegangen.

Wirtschaftsausschuß

Der Wirtschaftsausschuß der Nordatlantischen Versammlung tagte unter Vorsitz von Abg. **Wiggin** (Vereinigtes Königreich) am 25. Mai 1991 im Rotterdamer Kongreßzentrum „de Doelen". Zu Beginn der Sitzung wurde der Bericht der gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftsausschusses und des Ausschusses für Wissenschaft und Technik über die Probleme und Perspektiven der Ost-West-Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet ohne Aussprache angenommen.

Ein Zentralthema der Beratungen war der von Generalberichterstatter Abg. **Estrup** (Dänemark) vorgelegte Bericht über die Probleme und Perspektiven wirtschaftlicher Reformen in der Sowjetunion. Der Berichterstatter führte aus, daß nicht nur strukturelle Engpässe, insbesondere bei der Infrastruktur, Kommunikation und der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, sondern auch das gewachsene Selbstbewußtsein der 15 Sowjetrepubliken ein Hindernis für die Reformpolitik darstellten. Das jüngste Programm sehe u. a. eine Verringerung der Staatsausgaben, Preisliberalisierung und Privatisierung vor.

In der folgenden Diskussion berichtete Senator **Gaud** (Frankreich), daß der russische Präsident Boris Jelzin anläßlich eines Besuches des französischen Senats der Zentralregierung der UdSSR in einigen Bereichen Machtbefugnisse zugestanden habe, jedoch auch Kompetenzen auf die Teilrepubliken übertragen sehen möchte.

Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) äußerte die Hoffnung, mit dem Abschluß des Unionsvertrages in der UdSSR würden einige Probleme gelöst. Auf der Madrider Herbsttagung könne man sicherlich zuverlässigere Bewertungen abgeben.

Abg. **Janenko** (UdSSR) sagte, die in der Sowjetunion eingeleiteten Reformen seien unumkehrbar. Die Probleme seien vielfach psychologisch begründet, da sich die Bevölkerung nach 40 Jahren Dirigismus erst auf die neue Situation einstellen müsse. Alle fünfzehn Republiken hätten das Anti-Krisenprogramm gebilligt, und nun gehe es vor allem darum, Präsident Gorbatschow weiterhin zu unterstützen.

Anschließend stellte Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) den Entwurf eines Zwischenberichts zum Thema „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz" vor. Der Übersicht über die wirtschaftliche Lage in den Ländern Mittel- und Osteuropas folgt eine Beschreibung der westlichen Initiativen zur Unterstützung dieser Länder im Rahmen der BERD und des PHARE-Programms. Am Beispiel Polens werden die Auswirkungen des 1990 verabschiedeten Reformplans beschrieben.

In der anschließenden Diskussion erläuterten insbesondere die Delegierten Kanadas, Frankreichs und der USA den Beitrag ihres Landes zur Unterstützung Polens.

Es folgte ein Vortrag von **Stephen Kirby,** Direktor des Zentrums für Verteidigungs- und Abrüstungsstudien an der Universität Hull, zum Thema Rüstungskonversion. In den westlichen Ländern sei jeder neunte, in der UdSSR hingegen jeder vierte Arbeitsplatz vom Verteidigungsbereich abhängig. Bei einer vollen Konversion gingen kaum Arbeitsplätze verloren, sie verursache allerdings auch die höchsten Kosten. Bei der Diversifikation sei die Erschließung neuer Märkte erforderlich und regionale Anpassungen setzten Subventionen für die von der Schließung militärischer Einrichtungen betroffenen Regionen voraus.

Abg. **Lamond** (Vereinigtes Königreich) schlug für den Fall umfangreicher Konversionen eine enge Konsultation mit den Gewerkschaften vor.

Der niederländische Finanzminister **Kok** unterrichtete den Ausschuß über die nächsten Schritte auf dem Weg zur europäischen Integration. Die EG habe zur weiteren Integration wichtige Schritte unternommen, ohne dabei ihre Nachbarn außer acht zu lassen. Mit der Vollendung des Binnenmarktes und der Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion werde die Basis zu einer Erweiterung der EG geschaffen. Politische Maßnahmen zur Einbeziehung Osteuropas sprächen für den Aufbau eines Gemeinsamen Hauses Europa.

In der anschließenden Diskussion warnte Abg. **McCrindle** (Vereinigtes Königreich) vor einem Europa der zwei Geschwindigkeiten und einem Scheitern der GATT-Verhandlungen. Finanzminister Kok plädierte hingegen für ein Abrücken von der Einstimmigkeitsregel in der EG. Senator **Gobrecht** (Bundesrepublik Deutschland) begrüßte Koks Mut zur Auseinandersetzung und fragte, welches Modell für eine Europäische Zentralbank die niederländische Regierung präferiere, und ob es bereits Pläne zur Einführung einer europäischen Steuer gebe.

Finanzminister **Kok** erläuterte, daß die Niederlande eine Zentralbank favorisierten, deren Vorstand sich gegenüber den Mitgliedsländern verantworten müsse und der unter Beteiligung des Europäischen Parlaments gewählt werde. Die Frage europäischer Steuern habe er mit dem Präsidenten der Kommission Delors diskutiert. Delors habe ihm eine eingehende Untersuchung der Problematik zugesichert, sehe für die nähere Zukunft jedoch keine Umsetzungsmöglichkeit.

Gegen Ende der Sitzung dankte Abg. **Hans-Dirk Bierling** (Bundesrepublik Deutschland) den Nachbarn in Ost und West für ihre Unterstützung bei der deutschen Einigung. Noch vor zwei Jahren habe er sich die Entwicklung nicht vorstellen können. Trotz der erheblichen Schwierigkeiten in vielen Bereichen sei er zuversichtlich, daß sich die Lage in den neuen Ländern bald verbessern werde. Für die Herbsttagung in Madrid äußerte er den Wunsch, daß im Wirtschaftsausschuß ein aktueller Bericht zur Wirtschaftslage in den fünf neuen Ländern vorgelegt werde.

Politischer Ausschuß

Der Politische Ausschuß tagte am 25. Mai 1991 unter Vorsitz des Abg. **Bouvard** (Frankreich). Neben der Beratung der Berichtsentwürfe des Senators **Guido Gerosa** (Italien) sowie der Abg. **George** (Vereinigtes Königreich), **Frinking** (Niederlande), **Herrero** (Spanien) und **Nunes** (Portugal) sowie des Vorsitzenden Abg. Bouvard hörte der Ausschuß Vorträge von Gastrednern.

Botschafter **Wegener** (Assistant Secretary General, NATO) gab wenige Tage vor der Ministertagung des Verteidigungsplanungsausschusses und der Nuklearen Planungsgruppe am 18./19. Mai 1991 und dem Außenminister-Frühjahrstreffen am 6./7. Juni 1991 einen umfassenden Überblick über die Überprüfung der Allianzstrategie, die Anpassung der Allianz an den politischen Wandel in Europa sowie die neuen militärischen Strukturen und deren Umsetzung. Dabei müsse die Neugestaltung des atlantischen Verhältnisses neben der Einbindung Nordamerikas auch die Einbindung der UdSSR in die europäische Sicherheitsordnung beinhalten. Für das Verhältnis der NATO zu den mittel- und osteuropäischen Staaten und der UdSSR sei und bleibe die Londoner Erklärung Ausgangspunkt. Formale Sicherheitsgarantien für die mittel- und osteuropäischen Staaten müßten allerdings unterhalb der Mitgliedschaftsstufe angesiedelt sein. Zum Verhältnis NATO — KSZE sei zu betonen, daß die NATO nicht in einen Wettbewerb zur KSZE trete, sondern sie unterstütze. Mit Blick auf die europäische Komponente der Sicherheitspolitik betonte Botschafter Wegener, daß die stärkere Betonung Europas nicht das Bündnis beeinträchtigen dürfe. Die Entwicklung des Europäischen Pfeilers dürfe nicht zu Doppelarbeit führen. Die NATO sollte eine effektive integrierte Militärstruktur beibehalten, die für ein kollektives Sicherheitssystem sorgen müsse. Seine Ausführungen endeten mit Aussagen zur Rolle der NATO im Golfkonflikt und Schlußfolgerungen zum Thema Rüstungsexporte.

Nach fünfjähriger Zugehörigkeit zum NATO-Stab verabschiedete sich Botschafter Wegener von der Versammlung. Der **Vorsitzende** und der Abg. **Duffy** (Vereinigtes Königreich) dankten dem Redner für seine Zusammenarbeit mit der NAV.

In einem Vortrag zur inneren Lage in der Sowjetunion setzte sich **Prof. Sergei Blagovolin** vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der sowjetischen Akademie der Wissenschaften sowohl mit den bedrohlichen wirtschaftlichen und sozialen

Problemen als auch mit den politisch-verfassungsrechtlichen kritisch auseinander.

In der sich anschließenden Aussprache nahmen u. a. die Abg. **Klaus Francke** (Bundesrepublik Deutschland), **Van Traa** (Niederlande) und **Gherman** (Rumänien) zum Gerosa-Bericht über die Lage in Osteuropa und der Sowjetunion Stellung. Abg. **Lobov** (Sowjetunion) bestätigte **Prof. Blagovolins** Ausführungen zu den Problemen in der Sowjetunion; er glaube aber dennoch, daß die Sowjetunion mit ihnen fertig werde, weil man sich aus eigenem Antrieb für Reformen, Marktwirtschaft und Öffnung entschieden habe. Gleichzeitig appellierte er an die NAV-Mitgliedstaaten, der Sowjetunion zu helfen.

Anschließend berichtete Abg. **Markus Meckel** (Bundesrepublik Deutschland) über die derzeitige Lage in den neuen Ländern. In seinem Vortrag ging er auf die wirtschaftlichen Probleme ein, die noch durch den schnellen Übergang zur Marktwirtschaft forciert worden seien. Besorgniserregend sei das Ausmaß der Arbeitslosigkeit; die Umstrukturierung der Landwirtschaft sei nicht einfach und der Verwaltungsaufbau sowie das Rechtssystem wiesen schwere Mängel auf. Eine Reihe sozialer Errungenschaften (Kinderkrippen) seien ohne vollwertigen Ersatz aufgegeben worden.

„Europäische Sicherheit und Europäische Union" war das Thema der Rede des niederländischen Staatssekretärs für Europäische Angelegenheiten, **Piet Dankert.** Er beschrieb u. a. die Entwicklung der interstaatlichen Zusammenarbeit von der Europäischen Politischen Zusammenarbeit hin zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Europäischen Politischen Union. Die zukünftige europäische Sicherheit sei nur innerhalb des NATO-Systems gewährleistet. Das Gewicht der Gemeinschaft verlange allerdings nach einer stärkeren europäischen Rolle bei Fragen der Sicherheit und der Verteidigung.

In der nachfolgenden Diskussion wurde nach praktischen Vorschlägen, wie der europäische Pfeiler gestärkt werden könne, gefragt. Abg. **Sir Geoffrey Johnson Smith** (Vereinigtes Königreich) unterstrich die Notwendigkeit, sich bei der Sicherheitsfrage auf das Europäische Haus zu konzentrieren.

Die Möglichkeit der Abgeordneten aus den assoziierten Mitgliedstaaten, gleichberechtigt in der NAV mitzuarbeiten, dokumentierte die Beteiligung des polnischen Abg. **Szymanderski** als Verfasser eines Addendums zum Bouvard-Bericht über eine neue europäische Sicherheitsordnung. Aus seinen Ausführungen zur polnischen Definition von Sicherheitsinteressen zeigte sich, daß Polen sehr an einer Sicherheitsgarantie der NATO für Polen interessiert ist. In seinem Bericht äußerte er sich beunruhigt über mögliche stillschweigende „Übereinkommen" zwischen Deutschland und der Sowjetunion im Hinblick auf Polen und sein Verhältnis zur NATO. Er stellte Fragen zur künftigen Rolle Deutschlands in der NATO. Abg. **Karsten D. Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) antwortete eindeutig, daß es zwischen Deutschland und der Sowjetunion keinerlei Absprachen über Polen gebe. Um Vertrauen werbend erklärte er, die Bundesregierung wolle Polen als Partner an die EG heranführen. Abg. Voigt ging in der Aussprache zum Bouvard-Bericht auch auf das Thema Jugoslawien ein, wobei er die bisherige Politik der EG gegenüber Jugoslawien kritisierte.

Ohne größere Debatte wurden die Berichte der Abg. **Frinking** und **Herrero/Nunes** zur Kenntnis genommen. Mit den zuvor behandelten wurden sie bis zur Herbsttagung vertagt.

Drei Jahre nach seinem wegweisenden Auftritt auf der Hamburger NAV-Tagung von 1988 sprach der frühere ungarische Außenminister **Gyula Horn** jetzt als Delegierter eines assoziierten Mitgliedstaates über die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa sowie die ungarischen Sicherheitsinteressen. Zwar müsse man die Probleme selbst lösen, doch könne auf die Unterstützung der Allianz nicht verzichtet werden. Man definiere derzeit den eigenen internationalen Status neu. Dabei müsse es theoretisch auch möglich sein, jeder Organisation nach eigener Wahl beitreten zu können. Dies müsse auch für das Verhältnis zur NATO gelten. Horn verwies auf ungarisch-sowjetische Meinungsverschiedenheiten bei der Definition von Sicherheit. Für ihn ginge es hauptsächlich um regionale Sicherheit, für die Sowjetunion um globale. Bei der Umwandlung der NATO werde Brüssel die Sicherheitsinteressen der mittel- und osteuropäischen Staaten berücksichtigen müssen. Es dürfe in diesem Teil Europas kein sicherheitspolitisches Vakuum geben. Er fragte, ob NATO und WEU bereit seien, die Verantwortung für ganz Europa zu tragen. Ein befriedigender Sicherheitsstatus sei durch multilaterale und bilaterale Abkommen zu erreichen. Das Verhältnis seines Landes zur Sowjetunion bedürfe besonders einer vertraglichen Regelung.

Abg. **Lobov** empfahl in der folgenden Diskussion, von **einem** Europa zu sprechen und die Aufteilung in Westeuropa und Mittel- und Osteuropa zu lassen. Die Sowjetunion stelle von dem, was man Europa nenne, zwei Drittel — Europa erstrecke sich vom Atlantik bis zum Ural. Nach seinem Verständnis sollte die KSZE und nicht die NATO die Grundlage für die zukünftige Sicherheitsstruktur sein.

Ausschuß für Wissenschaft und Technik

Auf der Sitzung wurden vier wichtige Berichte behandelt und drei Vorträge zum Thema Luftverkehrskontrolle gehalten.

Der erste vom Generalberichterstatter **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) vorgelegte Bericht befaßte sich mit der Zerstörung der Ozonschicht und den weltweiten Klimaänderungen. In bezug auf den Abbau der Ozonschicht sprachen sich die Mitglieder des Ausschusses nachdrücklich für eine verschärfte Beachtung der Bestimmungen des Montrealer Protokolls aus. Zu diesem Zweck forderten sie den Berichterstatter auf, in seinen Bericht eine Tabelle aufzunehmen, in der die derzeit von den einzelnen Staaten eingegangenen Verpflichtungen aufgeführt werden, deren Ziel der Abbau von Stoffen ist, welche die Ozonschicht zerstören. In bezug auf die weltweiten Klimaveränderungen zeigten sich die Mitglieder sehr be-

sorgt über die möglichen hieraus resultierenden Folgen.

Die Mitglieder vertraten die Ansicht, daß es nützlich wäre, die derzeit von den Nationen ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Treibhauseffekts in einer Zusammenstellung zusammenzufassen. Sie stimmten auch dem Vorschlag des Berichterstatters zu, auf der Herbsttagung eine Entschließung im Ausschuß zu verabschieden, in der die NATO-Staaten aufgefordert werden würden, Zielvorgaben zur Begrenzung der Emissionen zu verabschieden. Auf diese Weise könnten die derzeit im Rahmen der Vereinten Nationen stattfindenden Verhandlungen über einen weltweiten Klimavertrag, der im Juni 1992 zur Unterzeichnung vorliegen soll, beeinflußt werden. Mehrere Anträge wurden auch dahingehend gestellt, daß der Bericht ausführlichere Informationen enthalten sollte über einige wissenschaftliche Aspekte der weltweiten Klimaveränderungen, wie z. B. die Rolle von Veränderungen der Sonneneinstrahlung. Der Berichtsentwurf wurde von vielen Mitgliedern nachdrücklich gewürdigt. Alle Redner zeigten sich zutiefst besorgt über die Folgen der Emissionen. Über politische und nationale Grenzen hinweg wurde diese Besorgnis von allen geteilt.

Der Bericht des Unterausschusses „Verifikation und Technologie" wurde von Abg. **Trøjborg** (Dänemark) vorgelegt, da der Berichterstatter, Abg. Banks (Vereinigtes Königreich), verhindert war. Der Bericht befaßte sich mit vielen Fragen in bezug auf chemische Waffen, einschließlich Weiterverbreitung, Verifikation und Vernichtung. Senator **Leblanc** (Kanada) nannte eine Reihe von Fakten und verwies auf die Ankündigung Präsident Bushs vom 13. Mai 1990, daß die Vereinigten Staaten ihre gesamten chemischen Waffen innerhalb von 10 Jahren nach Inkrafttreten eines weltweiten Verbots vernichten würden. Anschließend gab es eine Diskussion über die schwerwiegenden Probleme in bezug auf die Verifikation eines Chemiewaffenverbots, und die Mitglieder forderten, dieses Thema ausführlicher im Herbstbericht zu behandeln. Mehrere Mitglieder wiesen auch darauf hin, daß chemische Waffen eher politischer Einflußnahme dienten und ihr wirklicher militärischer Nutzen begrenzt sei.

Senator **Perez-Llorca** (Spanien) legte seinen Sonderbericht über neue Technologie und Verteidigung vor, der sich mit den Technologien des Boden- und Luftkriegs befaßte. Der Bericht wurde wegen seiner Aktualität und seiner klaren Ausführungen in bezug auf die moderne Waffentechnologie nachdrücklich gelobt. Es gab Diskussionen über die tatsächliche Verläßlichkeit moderner technologischer Waffen, und der Berichterstatter war bereit, diesen Aspekt ausführlicher im Herbstbericht zu behandeln. Der Herbstbericht wird auch eine Analyse der Technologie der Seestreitwaffen enthalten.

Der Sonderbericht über Überschall- und Hyperschalltransporte wurde von Abg. **Boehlert** (USA) in Abwesenheit des Berichterstatters, Abg. Lewis, vorgelegt. Bei der Erörterung erklärte der rumänische Delegierte, Dr. Cirjoi Vasile, daß die COCOM-Einschränkungen die Entwicklung der rumänischen Luftfahrtindustrie behindern würden. Mehrere Delegierte erläuterten, daß COCOM-Fragen oft im Ausschuß für Wissenschaft und Technik behandelt worden seien und daß die Exportkontrollen schrittweise den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt worden seien. In der Tat seien derzeit die Einschränkungen weitaus lockerer als zuvor.

Es gab Diskussionen über die Umweltauswirkungen der neuen Luftfahrtprojekte und über die Aussichten für eine zukünftige Zusammenarbeit in den verschiedenen im Bericht beschriebenen Projektbereichen.

Der Ausschuß hörte drei Redner zum Thema „Luftverkehrskontrolle und Überwachung des Luftraums". Diese Redner waren Herr **David Moss** (Präsident der Europäischen Zivilen Luftfahrtkonferenz), Herr **Lief Klette** (Chairman, Committee for European Airspace Coordination, Political-Military, Exercises and Administrative Section, NATO) sowie Flugkapitän **Martin Gaebel** (Mitglied des Vorstands der Lufthansa).

Alle Redner betonten, daß die Überfüllung des Luftverkehrsraums ein schwerwiegendes Problem sei, welches noch zunehmen würde, da der Luftverkehr in den nächsten zehn Jahren in dramatischer Weise ansteigen werde. Der Mangel an Koordination und Standardisierung sowie unterschiedliche technologische Kapazitäten der verschiedenen Regionen innerhalb Europas verursachten Verspätungen und ineffiziente Routenführung, die sehr zeit- und kostenaufwendig seien. Derzeit würden große Anstrengungen zur Bewältigung dieser Probleme unternommen, aber unzureichende Investitionen in der Infrastruktur des Luftraums seien weiterhin absehbar, so daß keine direkten Aussichten auf Verbesserungen bestünden.

Zum Tagesordnungspunkt „Verschiedenes" wies der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland), die Mitglieder des Unterausschusses „Verifikation und Technologie" auf die nächste Sitzung dieses Unterausschusses in Deutschland hin. Er kündigte ebenfalls an, daß der Unterausschuß Anfang September in die Vereinigten Staaten und gegen Ende des Jahres in die Tschechoslowakei reisen werde.

Plenarsitzung

Eröffnungsansprache des Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Abg. **Rose** (USA).

Der Präsident unterstrich die aktive Rolle, die die Nordatlantische Versammlung bei der Errichtung des neuen Europa spielen wolle. Die Nordatlantische Versammlung habe auch in der Vergangenheit schon die Demokratien in Mittel- und Osteuropa unterstützt. Indem sie auf parlamentarischer Ebene Beziehungen zu den neuen Demokratien geknüpft habe, sei es der Nordatlantischen Versammlung gelungen, einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit zu leisten.

Die gegenwärtige Aufgabe bestehe darin, ein neues Gleichgewicht des alten Bündnisses zu errichten. Dabei seien drei wichtige Sicherheitsfunktionen des Bündnisses von elementarer Bedeutung.

Zum einen die klassische Funktion des Bündnisses, ausreichende Verteidigungskapazitäten bereitzuhal-

ten. Zum zweiten die wachsende Notwendigkeit, Sicherheit und Stabilität im gesamten Europa zu wahren. Zum dritten die infolge des Golfkrieges offenbar gewordene Notwendigkeit, einen Rahmen zu finden, um den Bedrohungen unserer gemeinsamen Sicherheit, die außerhalb des NATO-Gebietes liegen, entgegenzuwirken.

Das neue Sicherheitsumfeld erfordere, die Verantwortung des Bündnisses neu zu definieren.

Zentrale Bedeutung erlange in diesem Zusammenhang eine Europäische Verteidigungsidentität. Ob diese im Sinne eines koordinierten europäischen Ansatzes zur Verteidigung oder einer europäischen Verteidigung erfolge, die sich innerhalb der EG entwikkele, sei noch unklar.

Eine Lösung dieser Frage habe die Vor- und Nachteile der beiden Möglichkeiten sorgfältig gegeneinander abzuwägen. Darüber hinaus gelte es, unnötige Doppelarbeit zu vermeiden. Zum dritten dürfe eine europäische Verteidigungsidentität kein Selbstzweck sein, sondern ein Mittel, um Stabilität und Sicherheit in Europa zu erreichen.

Die verschiedenen Institutionen, WEU und Europäische Gemeinschaft, müßten zusammenarbeiten und jede habe ihre eigene Rolle zu spielen. Die NATO solle aber nach wie vor das Hauptforum der Konsultation aller sicherheits- und verteidigungspolitischen Bemühungen bleiben.

Das neue Gleichgewicht in Europa müsse auch die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa berücksichtigen. Allerdings gebe es keine Wahl zwischen NATO und KSZE. Es gehe vielmehr darum, wie beide sich verstärken und ergänzen könnten.

Rede des Ministerpräsidenten der Niederlande, Herrn **Ruud Lubbers**

Der Ministerpräsident hob hervor, daß die Existenz der Nordatlantischen Versammlung unterstreiche, wie sehr die NATO der Demokratie verpflichtet sei. Wenn die Menschen in Osteuropa sich den Grundsätzen der Freiheit und Demokratie zuwendeten, dann wendeten sie sich Grundsätzen zu, denen auch die NATO von Anfang an als Wertgemeinschaft verpflichtet gewesen sei.

In einem Europa ohne Kalten Krieg sei allerdings eine neue NATO erforderlich.

Die Natur der Sicherheit in Europa habe sich aufgrund der Entwicklung in der Sowjetunion und den Ländern Mittel- und Osteuropas geändert. Westeuropa habe sich dabei als Insel der Stabilität erwiesen. Dies sei in erster Linie auf die vorhandenen Institutionen, wie die NATO, die Europäische Gemeinschaft und den Europarat zurückzuführen, die in mehr als 40 Jahren ihre Beständigkeit erwiesen hätten.

Neben diese Institutionen träten mit der KSZE und den Rüstungskontrollabkommen überwölbende Strukturen, die es weiterzuentwickeln gelte. Die KSZE erweise sich dabei als der Rahmen, in dem man die Sowjetunion an der Entwicklung in Europa teilhaben lassen könne.

Nach wie vor erfülle die NATO drei wichtige Funktionen, nämlich Abschreckung, Verteidigung und einen Beitrag zu einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung.

Der Prozeß der europäischen Einigung werde auch Auswirkungen auf die transatlantische Sicherheitspartnerschaft haben. Die stärkere Identität in Europa werde sich auch auf die NATO auswirken, die europäischer würde. Auswirkungen ergäben sich auch mit Blick auf die WEU.

Ein neues Gleichgewicht in Europa erfordere die Hervorbringung politischer Instrumente für die Aufarbeitung der Ost-West-Beziehungen, ohne Vernachlässigung der herausragenden Rolle der NATO als Verteidigungsorganisation. Das neue Gleichgewicht in Europa ermögliche es, mit kleineren und flexibleren Streitkräften ernst zu machen. Schließlich gelte es, die europäische Sicherheitsidentität zu stärken, ohne die vitale Rolle der Allianz für die europäischen und nordamerikanischen Sicherheitsbeziehungen zu vernachlässigen.

Plenardebatte zu dem Thema „Neues Gleichgewicht im Bündnis"

Angesichts der Entwicklung in der Sowjetunion und den Ländern in Mittel- und Osteuropa hob Abg. **Hicks** (Kanada) die friedenssichernde Funktion des Bündnisses hervor. Die vorhandenen Modelle für Sicherheit und Stabilität hätten sich bewährt. Auch die neue Struktur müsse die Garantie für alle Europäer und Amerikaner beinhalten, daß das Bündnis weiterhin die Sicherheit gewährleisten könne.

Abg. **Frinking** (Niederlande) sprach zu Befürchtungen hinsichtlich der Rolle der NATO in den Augen mancher Beobachter. Die NATO müsse auf die veränderte Situation eine Antwort entwickeln und vortragen. Dabei sollte eine politische Diskussion der Zusammenhänge im Vordergrund stehen. Er sprach sich im Prinzip für eine integrierte europäische Streitkraft aus.

Abg. **Yavuztürk** (Türkei) wandte sich der Rolle Europas nach einem Rückzug der Amerikaner zu. Er unterstrich, daß Europa seine Verantwortung für seine Verteidigung weiterhin wahrnehmen müsse, daß es aber auch in Zukunft von der Unterstützung anderer abhängig sein werde. Europa müsse einen neuen Weg für seine Sicherheit finden, ohne sich den USA zu entfremden. Wie der Golfkrieg bewiesen habe, spiele die NATO eine wichtige Rolle, wenn es um die Sicherheit Europas gehe.

Daß auch die Sicherheit Ungarns von der neuen europäischen Sicherheitsordnung abhänge, betonte Abg. **Vasarhelyi** (Ungarn). Ungarn sei deswegen zu jeder Zusammenarbeit mit anderen Ländern bereit. Er hob den besonderen Beitrag der NATO an den historischen Ereignissen des Jahres 1989 hervor und unterstrich, daß die NATO ein entscheidender Faktor im Gleichgewicht Europas bleiben werde. Ungarn wolle

seine Beziehungen zum Europäischen Parlament, aber auch zur NATO vertiefen.

Abg. **Fascell** (USA) wandte sich der Diskussion über einen Wechsel der Strategie der NATO zu und hob hervor, daß die Nordatlantische Versammlung Pionierleistung vollbracht habe, indem sie parlamentarische Bande zu den jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa geknüpft habe. Was das Charakteristikum der Beratungen der Nordatlantischen Versammlung sei, nämlich die Transparenz, sei auf diese Art und Weise in den Ländern des ehemaligen Ostblocks durch konkrete Politik deutlich geworden.

Abg. **Klaus Francke** (Bundesrepublik Deutschland) hob hervor, der Wandel in Europa, der die auf einer erzwungenen, künstlichen Teilung des Kontinents beruhende Nachkriegsordnung beendet habe, mache Sicherheitsvorsorge nicht überflüssig. Der Golfkrieg, der sich in unmittelbarer Nachbarschaft des Allianzgebietes ereignet habe, habe deutlich gemacht, wie zerbrechlich der Frieden sei und wie rasch die Bündnispartner mit krisenhaften Zuspitzungen bis hin zur Gewaltanwendung konfrontiert werden könnten.

Sicherheitsvorsorge sei jedoch unzulänglich, wenn sie sich auf den militärischen Aspekt beschränke. Gerade durch den Wandel in Europa träten andere Gefahrenquellen und Bedrohungsfaktoren, im ökonomischen und ökologischen Bereich, stärker in den Vordergrund, ohne daß die militärische Komponente ihr Gewicht verlöre. Im Zuge der angestrebten Stärkung der politischen Dimension des Bündnisses und der Herausbildung kooperativer Sicherheitsbeziehungen müsse diesen Faktoren daher oberste Priorität eingeräumt werden.

Trotz neuer Inhalte für den Sicherheits- und Stabilitätsbegriff bleibe die atlantische Allianz eine bewährte und unverzichtbare Grundlage für die Schaffung der europäischen Friedensordnung. Nach dem Zerfall des Warschauer Paktes sei sie das einzige funktionierende System kollektiver Sicherheit mit integrierter militärischer Führungsstruktur und als Sperre gegen eine mögliche Renationalisierung von Außen- und Verteidigungspolitik durch kein anderes existierendes System zu ersetzen.

Abg. Klaus Francke führte weiter aus, selbst sowjetische Führungspersönlichkeiten seien sich inzwischen bewußt, daß eine rein europäische Definition von Sicherheit zu kurz greife. Der transatlantische Graben, der Amerika und Europa in der ersten Hälfte des Jahrhunderts voneinander getrennt habe, dürfe im Zuge der europäischen Einigung nicht erneut aufgerissen werden.

Auch wenn die Staaten Mittel- und Osteuropas nicht formal der Allianz beitreten könnten, so partizipierten sie doch bereits heute von der stabilisierenden Wirkung des Bündnisses, dessen Erhaltung umso wichtiger werde. Auf Äußerungen eines polnischen Delegierten während der Ausschußsitzungen eingehend, stellte Abg. Klaus Francke klar, daß es eine Verständigung Deutschlands mit der UdSSR zu Lasten Polens niemals geben werde. Eine solche Vorstellung sei absurd.

Ebensowenig dürfe jedoch der eiserne Vorhang in Form einer Wohlstandsmauer gegenüber Osteuropa neu errichtet werden. Er erinnerte an die gemeinsamen Erklärungen des amerikanischen und des deutschen Außenministers in Washington und betonte, die Herausbildung einer sogenannten europäischen Sicherheitsidentität widerspreche nicht der dauerhaften Bindung an das Atlantische Bündnis mit den USA und Kanada. Europäer und Nordamerikaner blieben aufeinander angewiesen.

Des weiteren würdigte Abg. Klaus Francke die Rolle der Nordatlantischen Versammlung und ihrer Gremien beim Brückenschlag nach Mittel- und Osteuropa. Die in der Londoner Erklärung der Staats- und Regierungschefs von 1990 geforderte Hinwendung der atlantischen Gemeinschaft zu den ehemaligen Gegnern dürfe nicht den Exekutiven überlassen werden, sondern der Dialog müsse eine konstruktive parlamentarische Begleitung erfahren. Innerhalb der Strukturen der Allianz werde die Nordatlantische Versammlung an Bedeutung gewinnen und ihre reichen Erfahrungen auch in die parlamentarische Versammlung der KSZE einbringen.

Im Hinblick auf die ökonomische Dimension des Sicherheitsbegriffs komme der EG aufgrund ihrer Stabilität und Attraktivität eine besondere Verantwortung zu. Sie dürfe sich nicht länger als passiver Zuschauer verhalten, sondern müsse insbesondere in Krisensituationen wie der gegenwärtigen Entwicklung in Jugoslawien mit ihren materiellen Hilfsmöglichkeiten, aber auch aus ihrem politischem Erfahrungsschatz zum Erfolg der Reformbestrebungen beitragen.

Eine wirkliche politische Union im Rahmen der EG könne es jedoch nur bei gemeinsamer Außen- und Verteidigungspolitik geben. Davon sei die Gemeinschaft noch weit entfernt, und auch die WEU könne trotz guter Dienste auf dem Weg zu einer Annäherung der Standpunkte hier nicht als Ersatz fungieren. Auf keinen Fall stehe sie im Wettbewerb zum nach wie vor unverzichtbaren Atlantischen Bündnis.

Abg. **Greisch** (Luxemburg) sprach sich für eine umfassende Konzeption der Sicherheitspolitik aus. Diese müsse neben den militärischen auch die sozialen und wirtschaftlichen Belange berücksichtigen. Mehr Bedeutung als bisher müsse dem Krisenmanagement und der Verhinderung von Konflikten beigemessen werden.

Daß es nicht die Absicht der NATO sei, die Sowjetunion zu isolieren, hob der Abg. **Sir Geoffrey Johnson Smith** (Vereinigtes Königreich) hervor. Um der Stabilität in Europa und der Welt wegen sei die Aufrechterhaltung des transatlantischen Bündnisses unentbehrlich. Hinsichtlich der Frage der künftigen Organisation der NATO müsse geklärt werden, anhand welcher Kriterien die entsprechenden Entscheidungen getroffen werden sollten.

Der Abg. **Chauty** (Frankreich) wandte sich besonders den nach wie vor mächtigen Streitkräften der Sowjetunion zu. Er betonte, daß es ein Glück sei, daß die wirtschaftliche Situation in der Sowjetunion einen Teil ihrer militärischen Macht neutralisiert habe. Die Schaffung eines europäischen Pfeilers des Bündnisses sei notwendig. Im Interesse einer intensiveren Koordi-

nierung liege es auch, später eventuell europäische Verteidigungskorps aufzustellen. Frankreich schlage ein Europäisches Generalstabsinstitut vor, das den Zweck habe, das gegenseitige Kennenlernen zu erleichtern.

Der Abg. **Orlando** (Italien) unterstrich die besondere Rolle der Nordatlantischen Versammlung bei der Entwicklung der Parlamente in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Durch die Zusammenarbeit zwischen der Nordatlantischen Versammlung und diesen Ländern sei der Boden für ein gutes Verständnis bereitet worden, welches auch den KSZE-Prozeß in Europa günstig beeinflußt habe.

Der Frage, welche Institutionen erforderlich seien für eine politische Rolle des Bündnisses, wandte sich der Abg. **Gatel** (Frankreich) zu. Wie auch immer die Entscheidung ausgehe, bleibe die USA ein entscheidendes Glied im Bündnis. Der Aufbau einer gemeinsamen europäischen Verteidigung sei Aufgabe der Europäer.

Der Abg. **Trojborg** (Dänemark) betonte, daß Dänemark zwar bereit sei, den europäischen Pfeiler des Bündnisses mit zu stärken. Die europäische Erneuerung dürfe aber die neutralen Länder nicht vergessen. Darüber hinaus gelte es, die Verteidigung nicht nur den Bündnissen zu überlassen.

Auf einige wichtige Faktoren, die trotz der Veränderungen in der Sowjetunion und Ländern Mittel- und Osteuropas unverändert geblieben seien, wies der Abg. **Petersen** (Norwegen) hin. Dazu zählte er die enorme militärische Schlagkraft der Sowjetunion in der nordischen Region, die ungebrochen erhalten geblieben sei. In bezug auf die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsidentität sah er das Problem der Marginalisierung einiger europäischer NATO-Staaten. Er betonte, daß alle europäischen NATO-Länder ein Recht darauf hätten, Mitglieder der WEU zu werden.

Der Abg. **Moya** (Spanien) hob hervor, daß der Westen den der Nordatlantischen Versammlung assoziierten Ländern des ehemaligen Ostblocks zwar keine formalen, wohl aber psychologische Sicherheitsgarantien geben könne. Für sie sei der KSZE-Prozeß von Bedeutung. Allerdings könne die KSZE die NATO nicht ersetzen.

Abg. **Spiliotopoulos** (Griechenland) sprach sich für eine gemeinsame europäische Außenpolitik aus. Grundlage dieser Politik müsse sein, die Ursachen für Mißtrauen abzubauen. Auf diese Weise könne die Stabilität und Sicherheit am ehesten erreicht werden.

Auf die besondere Situation der baltischen Staaten machte Abg. **Eiriksson** (Island) aufmerksam. Er hob hervor, daß Island das erste Land gewesen sei, daß das Recht der baltischen Staaten auf Unabhängigkeit anerkannt habe. Es sei positiv zu vermerken, daß der Westen den Prozeß in der Sowjetunion und in den Ländern Mittel- und Osteuropas unterstütze. Erforderlich sei aber die Gegenseitigkeit. Die Sowjetunion müsse im Gegenzug ihren Republiken die Selbständigkeit gewähren.

Die Abg. **Lefeber** (Belgien) warnte davor, das Europa der Zwölf von dem gesamten Europa zu trennen. Würde dies geschehen, würden neue Gräben aufgerissen, die neue Gefahren und damit Instabilität hervorbringen könnten.

Senator **Volker Kröning** (Bundesrepublik Deutschland) stellte als Aufgabe für die Versammlung die Stellungnahme zur neuen Bündnisstrategie heraus, die in Madrid erfolgen müsse. Die deutsche Delegation gehe dabei davon aus, daß sich die Sicherheitsgarantien des Nordatlantikvertrages allein auf die Mitgliedstaaten bezögen und die Sicherheit der neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas im Rahmen der KSZE gewährleistet werden müsse. Einsätze von NATO-Streitkräften außerhalb des Vertragsgebietes oder Planungen im Hinblick auf derartige Einsätze kämen aus deutscher Sicht weder in östlicher noch in südlicher Richtung in Betracht. Die Probleme der Durchsetzung von Demokratie und Marktwirtschaft in allen Ländern Europas fänden ihre äußere Entsprechung in der KSZE, die sich von einem Prozeß zu einer Struktur entwickeln werde, die Sicherheit für ganz Europa durch gemeinsame Institutionen, Regeln und Prinzipien garantiere, besonders durch den Vorrang politischer Lösungen vor militärischer Konfliktaustragung.

Senator Volker Kröning erinnerte an die Rolle der Niederlande bei der Entwicklung des modernen Völkerrechts und betonte die feste Verankerung des Prinzips der friedlichen Streitbeilegung im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Die NATO behalte ihre Bedeutung als Sicherung gegen zahlreiche Stabilitätsrisiken und als Gestaltungsinstrument in Europa, insbesondere für die Abrüstungspolitik, die im atomaren und im konventionellen Bereich in eine zweite Phase vorangetrieben werden müsse. Die USA und Kanada blieben Teilnehmer beim Aufbau gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen. Eine westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft unter Ausschluß Osteuropas würde diesen Aufbau ebenso stören wie ein europäischer Alleingang ohne Nordamerika. NATO und KSZE in ihrer Verzahnung blieben ohne Alternative.

Abg. **Boffa** (Italien) sah angesichts der Gefahren wirtschaftlicher, demographischer, sozialer und politischer Art die Möglichkeit des Auseinanderfallens der internationalen Beziehungen. In Europa sei Jugoslawien ein Beispiel dafür. Die Antwort auf diese Bedrohung könne in Richtung auf den Osten nur Zusammenarbeit im Rahmen der KSZE lauten. Auch in Richtung auf den Mittelmeerraum komme es darauf an, die Grundsätze der Schlußakte von Helsinki zur Anwendung gelangen zu lassen.

Abg. **Antanassov** (Bulgarien) hob die Unfähigkeit des Sozialismus hervor, die Probleme der Menschen zu lösen. Diese den Ländern Osteuropas übergestülpte Staats- und Wirtschaftsform habe keinerlei Ergebnisse erbracht. Er sprach sich dafür aus, diese Länder als dritten Pfeiler der Sicherheit zu betrachten.

Angesichts der Schwierigkeiten der Länder des ehemaligen Ostblocks forderte der Abg. **Ratiu** (Rumänien) einen Marshallplan. Denn es ginge hauptsächlich darum zu verhindern, daß die Menschen dieser

Länder in die wohlhabenderen Länder ziehen würden.

Aus amerikanischer Sicht ist nach Auffassung des Abg. Solomon (USA) die NATO für die Sicherheit unentbehrlich. Das strategische Gleichgewicht in Europa müsse erhalten bleiben. Die NATO müsse ein Gegengewicht zur Sowjetunion bleiben und müsse den Rahmen für europäische Sicherheitsfragen abgeben.

Abg. **Dr. Werner Hoyer** (Bundesrepublik Deutschland) begrüßte zu Beginn seiner Rede die Veränderungen und den Wandel der letzten Jahre. Auch in den Teilen der Welt, die nicht zum Bündnisbereich gehörten, sei dieser Wandel feststellbar. Zu begrüßen sei insbesondere, daß die sich bildenden Demokratien in Mittel- und Osteuropa nunmehr als assoziierte Vertreter bei den NAV-Tagungen anwesend seien. Dieser Wandel werde insbesondere von Deutschland dankbar begrüßt, weil er sich zu einem Teil auch in der Unterstützung widerspiegele, die Deutschland während des Vereinigungsprozesses erfahren habe. Die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas und des Kalten Krieges seien insbesondere durch die Vorgänge in Ungarn, Polen und der CSFR möglich gewesen, die den trennenden Vorhang hochgehoben bzw. durchlässig gemacht hätten.

Das Bündnis habe nach wie vor eine wichtige Rolle zu spielen. Es müsse sichergestellt werden, daß kein Sicherheitsvakuum entstehe. Die Voraussetzungen zur Mitgliedschaft weiterer Länder im Bündnis seien noch nicht gegeben, der weitere Aufbau in den osteuropäischen Ländern müsse jedoch unterstützt werden.

Auch der KSZE-Prozeß, der zur Überwindung der Teilung in Europa beigetragen habe, erfordere weitere Unterstützung. Es müsse alles getan werden, damit Europa nicht wieder in den Zustand einer Teilung verfalle. Die vor uns liegenden großen Herausforderungen müßten angenommen werden und insbesondere dazu führen, daß die Teilung in Europa völlig überwunden werde. Eine solche Teilung könnte sich nämlich dann wieder einstellen, wenn es uns nicht gelinge, gemeinsam den vor uns liegenden politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Es gelte, die erforderlichen Kräfte dafür frei zu setzen.

Hinzu trete die Bedeutung der Umweltfrage. Mit Weitsicht müßten sich die Parlamentarier des Bündnisses den Umweltveränderungen stellen und die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen treffen. Hinzu trete auch, daß man bereit sein müsse, die sozialen Veränderungen anzunehmen, die sich gegenwärtig in dem Verhältnis zwischen Ost und West aber auch im Verhältnis zwischen Nord und Süd abzeichneten. Hier kämen neue Aufgaben auf das Bündnis zu, die es gelte, mit gemeinsamen Anstrengungen zu lösen.

Die neue Ordnung auf dem europäischen Kontinent muß sich nach Auffassung des Abg. **Apostolakis** (Griechenland) parallel entwickeln zur Entwicklung der EG. Er sei dafür, daß die NATO sich auf ein wirtschaftlich starkes Europa stütze. Allerdings habe die Allianz heute andere Aufgaben zu bewältigen als in der Zeit der Teilung Europas. Eine besondere Bedeutung komme dabei der KSZE zu. Bestehende Institutionen, die sich bewährt hätten, sollten aber an der Entwicklung dieses Prozesses beteiligt werden.

Der Abg. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) warnte vor einer voreiligen Aufgabenübertragung an die Organisationen der WEU und der KSZE. Bevor die Zusammenarbeit zwischen den vorhandenen und den neuen Institutionen geregelt werde, müsse eine klare Konzeption erarbeitet werden.

Zu Beginn ihrer Rede sprach Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) zunächst den Dank an die holländischen Gastgeber für eine in jeder Hinsicht hervorragende Konferenz aus. Frau Schulte erinnerte an den Überfall Deutschlands auf das friedfertige holländische Volk im Jahr 1940. Sie entschuldigte sich bei den holländischen Delegierten und unterstrich, daß sich dies nie wieder ereignen werde. 46 Jahre nach dem Kriegsende sei ein neues Kapitel aufgeschlagen worden. Wandel und Demokratie hätten große Fortschritte gemacht. Man müsse sich dafür einsetzen, den Demokratisierungsprozeß umfassend und schnell fortzuschreiben, insbesondere in der Sowjetunion und den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas. Aber auch zukünftig sei mit Änderungen und politischen Stürmen, auf die man sich einstellen müsse, zu rechnen. Es komme aber darauf an, daß man gemeinsam in der Lage sei, Katastrophen zu verhindern. Daher müsse die militärische Sicherheit erhalten bleiben. Dies führe für das Bündnis sicherlich zu einer Fülle schwieriger Fragen. So müsse man sich darüber Gedanken machen, wie sich die militärischen Strukturen des Bündnisses veränderten, wenn die Vereinigten Staaten ihre Streitkräfte in Europa reduzierten. Daher richte sich die Frage aus deutscher Sicht an die französischen Verbündeten, ob es nicht an der Zeit sei, daß Frankreich in die militärische Struktur des Bündnisses zurückkehre. Hierbei müsse man darauf hinwirken, keine multilateralen Stäbe in der WEU und im Bündnis aufzubauen. Es müsse eine klare Konzeption gegenüber den Ländern Mittel- und Osteuropas entwickelt werden, für die man auch hinsichtlich ihrer militärischen Sicherheit Verantwortung trage. Man solle bestrebt sein, sich eines Tages im Bündnis gemeinsam wiederzufinden. Alle gemeinsamen Anstrengungen dafür gelte es aufzugreifen und zu unterstützen. Sicherlich werde man noch manchen Sturm auch in der Sicherheit des Bündnisses erleben, aber man könne gut vorbereitet sein, in diesen Stürmen zu bestehen.

Abg. **Herrero** (Spanien) betonte, daß ein neues Gleichgewicht in Europa vor allem bedeute, daß die Partner an den militärischen und wirtschaftlichen Kosten gerechter beteiligt werden als bisher. Es sei allerdings auch erforderlich, die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte, wie Armut und Ungerechtigkeit, zu berücksichtigen, weil sie Instabilität und Unsicherheit hervorbringen können. Erforderlich sei deswegen vor allen Dingen auch wirtschaftliche Solidarität.

Abg. **van Traa** (Niederlande) zeigte sich überzeugt davon, daß die Mission der NATO eigentlich erfüllt sei. Das Schwergewicht verschiebe sich auf andere Institutionen. Die NATO könne offenbar nicht die benötigte Sicherheitsdimension für die Länder Mittel-

und Osteuropas bereitstellen. In diese Lücke müßten die EG und die WEU eintreten.

Abg. **Haekkerup** (Dänemark) sprach sich für eine Überwindung der Unterschiede zwischen Ost und West im Interesse der Stabilität aus. Die Sowjetunion solle dabei nicht isoliert, sondern in Europa integriert werden. Es komme darauf an, keine neuen Barrieren wirtschaftlicher oder politischer Art zuzulassen. Die Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO dürfe nicht dazu führen, daß die USA mit einer festgefügten Meinung konfrontiert werde und keine Änderungen mehr möglich seien.

Abg. **Sarris** (Griechenland) sprach sich angesichts der Überwindung des Kalten Krieges und des Endes der Instabilität für ein kollektives europäisches Sicherheitssystem aus, das an eine mehrpolige Welt angepaßt sei.

Abg. **Berge** (Norwegen) sprach vor allem die strategische Bedeutung der Nordregion an. Angesichts der Verstärkung der sowjetischen Streitkräfte in dieser Region bräuchten die kleineren nordischen Staaten eine Garantie der Unterstützung in bewaffneten Konflikten.

Für ein pragmatisches Vorgehen bei der Stärkung des europäischen Pfeilers sprach sich Senator **Genton** (Frankreich) aus.

Die besondere Bedeutung der wirtschaftlichen Prosperität für die Sicherheit und Stabilität unterstrich der Abg. **Verivakis** (Griechenland). Die Zusammenarbeit zwischen den Ländern sei eine Hoffnung aller Völker. Damit sie jedoch fruchtbar sei, sei wirtschaftliches Wohlergehen erforderlich.

Abg. **Sengün** (Türkei) wandte sich den Lehren für das Bündnis aus dem Golfkrieg zu. Er unterstrich, daß die NATO logistische Unterstützung geleistet habe. In bezug auf die europäische Sicherheit sei der Bedarf nach einer integrierten Streitkraft für Einsätze auch außerhalb des NATO-Gebietes deutlich geworden. Schließlich habe der Golfkrieg die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft unterstrichen.

Abg. **Szymanderski** (Polen) unterstrich das Bestreben Polens nach internationaler Sicherheit. Polen würde einen konstruktiven Beitrag zur europäischen Sicherheit leisten. Zunächst müßten aber vom Westen Initiativen wirtschaftlicher und politischer Art zur Unterstützung der Länder Mittel- und Osteuropas ergriffen werden.

Zum Schluß der Plenarsitzung brachte Abg. **Rose** (USA) unter Ausnutzung seiner präsidialen Vorrechte den Entwurf einer Resolution zum internationalen Waffenhandel ein, in dem die Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten aufgefordert werden, die Einberufung einer Konferenz der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sowie anderer betroffener Staaten und Organisationen zu unterstützen mit dem Ziel, ein Kontrollsystem für Waffenexporte zu vereinbaren, um der Verbreitung von nichtkonventionellen wie auch konventionellen Waffen Einhalt zu gebieten und Anreize für regionale Abrüstungsvereinbarungen zu schaffen sowie die nationalen Strafgesetze in bezug auf illegalen Waffenhandel abzustimmen.

Neben Vertretern Kanadas, der Niederlande, Italiens und Spaniens unterstützte auch Abg. **Klaus Francke** im Namen der deutschen Delegation den Vorstoß des Präsidenten nachdrücklich. Die deutsche Delegation hatte daran mitgewirkt, daß mehrere Änderungen in den Text der Schlußresolution Eingang fanden. Abg. **Klaus Francke** regte in seinem Beitrag an, bei der Umsetzung der Resolution in den nationalen Parlamenten auch auf die im Deutschen Bundestag kürzlich beschlossene Strafmaßverstärkung für illegalen Waffenhandel hinzuweisen und im Rahmen des Prozeßverfahrens die ebenfalls in Deutschland eingeführte Möglichkeit des Vermögenseinzugs anzuregen.

Der Text der einstimmig angenommenen Resolution ist im Anhang abgedruckt.

Klaus Francke (Hamburg), MdB
Leiter der Delegation

Senator Volker Kröning
stellvertretender Leiter der Delegation

Anhang

Besondere Präsidialentschließung über die Einrichtung eines multilateralen Kontrollsystems für Zulieferer von Rüstungsgütern

Die Versammlung,

in der Erkenntnis, daß die Staaten des Mittleren Ostens seit Mitte der 70er Jahre konventionelle Waffen im Wert von über 200 Milliarden Dollar importiert haben, von denen der größte Anteil aus den fünf ständigen Mitgliedsländern des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen stammt;

im Hinblick auf zuverlässige Quellen, die besagen, daß zahlreiche Staaten des Mittleren Ostens sowie anderer Regionen nun auch über Massenvernichtungswaffen und Einsatzsysteme für ballistische Flugkörper verfügen oder sich darum bemühen;

besorgt darüber, daß die unkontrollierte Weiterverbreitung konventioneller und nichtkonventioneller Waffen die Sicherheit und die Stabilität des Mittleren Ostens und anderer Regionen bedroht und eine ungünstige Verlagerung der für Frieden und Entwicklung unentbehrlichen Ressourcen darstellt;

in der Überzeugung, daß die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen durch ein gemeinsames und mit den anderen großen Rüstungszulieferländern abgestimmtes Vorgehen den Transfer von konventionellen Waffen und für die Herstellung nichtkonventioneller Waffen relevanten Technologien in den Mittleren Osten und in andere Regionen drastisch herabsetzen könnten; und

ermutigt durch die von den Staats- und Regierungschefs in mehreren Zulieferländern zum Ausdruck gebrachte Entschlossenheit, sich an einem multilateralen Register, dessen Ziel in der Umsetzung solcher Einschränkungen besteht, zu beteiligen;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten dringend auf:

die Einberufung einer Konferenz für Regierungsvertreter der Vereinigten Staaten, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, der Sowjetunion, Chinas und für Vertreter anderer betroffener Staaten und Organisationen, einschließlich der Europäischen Gemeinschaft, zu unterstützen, damit ein Register für Zulieferer von Rüstungsgütern errichtet wird, dessen Ziel es wäre, durch den Austausch von Informationen und die Anwendung formeller und informeller Bestimmungen:

a) die Weiterverbreitung nichtkonventioneller Waffen, wie z. B. ballistische Flugkörper, chemische, biologische und atomare Waffen, sowie der zur Herstellung oder Zusammensetzung solcher Waffen erforderlichen Technologien einzustellen;

b) die Weiterverbreitung konventioneller Waffen in allen Regionen, insbesondere im Mittleren Osten, einzuschränken und zu kontrollieren;

c) regionale Rüstungskontrollabkommen im Mittleren Osten und in anderen Regionen unter Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel zu fördern;

d) Verfahren für die Zerstörung nuklearer und chemischer Rüstungspotentiale, die eine Bedrohung der internationalen Stabilität darstellen, einzuleiten und eine mögliche Weiterentwicklung solcher Potentiale, insbesondere im Mittleren Osten, zu verhindern; und

e) die Einführung nationaler Gesetzesvorschriften zu fördern mit dem Ziel einer wirksamen Abschrekkung und, falls erforderlich, einer strengen Bestrafung aller Personen oder Organisationen, die den Zielsetzungen dieses multilateralen Bemühens zuwiderhandeln.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333